



In der Covid-19-Rezession muss auch die duale Berufsausbildung abgesichert werden

Bernd Fitzenberger

Das System der dualen Berufsausbildung gerät durch die Corona-Krise stark unter Druck. Insbesondere für ungelernte Jugendliche könnten sich die langfristigen Arbeitsmarktperspektiven deutlich verschlechtern. Auch die langfristigen Folgen für die Versorgung der deutschen Wirtschaft mit dringend benötigten Fachkräften wären fatal. In dieser Situation ist ein flächendeckender, zeitlich befristeter Ausbildungs- und Übernahmebonus für die Betriebe sinnvoll.

Ein hoher Anteil gelungener Einstiege in den Arbeitsmarkt, eine niedrige Jugendarbeitslosigkeit, zahlreiche, gut ausgebildete [Fachkräfte](#): Deutschland wird international um sein Berufsausbildungssystem beneidet. Betriebe tragen einen großen Teil der Kosten der Ausbildung – in der Erwartung, so künftig benötigte Fachkräfte zu gewinnen.

Nachdem sich die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe in den letzten Jahren angesichts zunehmender Fachkräfteengpässe stabilisiert hat, droht aufgrund der schweren Covid-19-[Rezession](#) ein schwerer Einbruch des Ausbildungsmarkts. Dies wäre fatal – für viele junge

Quelle:

<https://www.iab-forum.de/in-der-covid-19-rezession-muss-auch-die-duale-berufsausbildung-abgesichert-werden/> | 1

Menschen, aber auch für die deutsche Wirtschaft: Während für die einen ein missglückter Einstieg in den Arbeitsmarkt die Erwerbsperspektiven nachhaltig verschlechtert, verschärft es für die Wirtschaft die Fachkräfteengpässe, die nach der Krise schon aus demografischen Gründen weiter zunehmen werden. Um dies zu verhindern, ist ein entschiedenes Vorgehen notwendig.

Viele Betriebe könnten sich aus der Ausbildung zurückziehen

Im Mai dieses Jahres verzeichnete die [Bundesagentur für Arbeit](#) noch 463.000 [gemeldete Ausbildungsstellen](#), ein Minus von 46.000 gegenüber dem Vorjahr. Doch angesichts der unsicheren Aussichten ist fraglich, wie viele neue Ausbildungsstellen im Herbst tatsächlich besetzt werden. Laut einer aktuellen Umfrage des Zentralverbands des Deutschen Handwerks beabsichtigt jeder vierte befragte Betrieb, sich aus der Ausbildung zurückzuziehen.

Doch damit nicht genug: Durch Kurzarbeit oder Insolvenzen drohen in großer Zahl Ausbildungsabbrüche oder -unterbrechungen. Zudem fehlen alternative Stellen- und Ausbildungsplatzangebote, weil die Übernahme durch den Ausbildungsbetrieb nicht möglich ist oder weil die Ausbildung beim bisherigen Betrieb nicht fortgeführt werden kann. Im Jahr 2018 wurden 26,5 Prozent der [Ausbildungsverträge](#) vorzeitig gelöst, aber in mehr als 60 Prozent dieser Fälle setzten die Jugendlichen ihre Ausbildung an anderer Stelle fort. Auch dieser Weg ist derzeit zunehmend infrage gestellt.

Was lehrt die Erfahrung der Krise 2008/2009? Im Jahr 2009 sank die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge um acht Prozent gegenüber dem Vorjahr, und zwischen 2008 und 2010 ging die Anzahl der ausbildenden Betriebe um fünf Prozent zurück. Dieser Rückgang wurde danach nie wieder aufgeholt.

Die Jugendlichen gingen jedoch nicht vermehrt ins [Übergangssystem](#), sondern verblieben stattdessen länger im regulären Schulsystem. So stieg insbesondere die Zahl der Schulabschlüsse mit Studienberechtigung direkt nach der Krise deutlich an. Damit beschleunigte sich die Akademisierung der Ausbildung.

Dieser Weg aber blieb ungelerten Jugendlichen, die wegen der Krise keine Berufsausbildung absolvieren konnten, faktisch versperrt. Die Folgen waren für sie fatal: Denn trotz exzellenter Arbeitsmarktentwicklung in der letzten Dekade hatten sie daher in aller Regel keine attraktiven Verdienstmöglichkeiten.

Quelle:

<https://www.iab-forum.de/in-der-covid-19-rezession-muss-auch-die-duale-berufsausbildung-angesichert-werden/> | 2

Die Akademisierung der Ausbildung setzt sich fort

Auch in der aktuellen Rezession werden Jugendliche mit guten Bildungsergebnissen wohl länger im Schulsystem verbleiben, wenn es keine attraktiven Ausbildungsplätze gibt. Dies würde zu einer weiteren Akademisierung der Ausbildung führen. Angesichts weiter steigender Qualifikationsanforderungen kann dies in gewissem Umfang sogar sinnvoll sein. Allerdings besteht die Gefahr, dass den Betrieben in Zukunft Fachkräfte mit mittlerer Ausbildung fehlen werden, die nicht durch Hochschulabsolventen ersetzt werden können.

Fatal wirkt sich ein Einbruch auf dem [Ausbildungsmarkt](#) für Jugendliche mit weniger guten Schulabschlüssen aus. Ihnen droht – wie schon nach der Finanzkrise – eine dramatische Verschlechterung der Erwerbsperspektiven. Die Ungleichheit der Verdienste und Einkommen wird sich dadurch weiter erhöhen.

Was kann gegen einen drohenden Einbruch des Ausbildungsmarkts getan werden? Für Betriebe ist Ausbildung eine Investition, die sich nur bei positiven Geschäftsaussichten rechnet. Deshalb geht die Ausbildungsbereitschaft in einer Rezession zurück. Damit aber droht künftig ein geringeres wirtschaftliches Wachstum und eine Gefährdung des sozialen Zusammenhalts.

In wirtschaftlich normalen Zeiten gelingt es, auch dank vieler lokaler Initiativen aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, vielen Jugendlichen eine Ausbildungsstelle zu verschaffen, weil viele Ausbildungsbetriebe bereit sind, über ihren unmittelbaren wirtschaftlichen Bedarf hinaus auszubilden. Angesichts der Schwere der Covid-19-Rezession wird dies aktuell nicht ausreichen. Auch die Schulen werden viele Jugendliche nicht sinnvoll auffangen können, wenn man die weiter zu erwartenden Einschränkungen des Schulbetriebs bedenkt.

Der Staat sollte die Betriebe bei den Kosten der Ausbildung entlasten

Sinnvoll wäre ein bundesweiter Ausbildungs- und Übernahmebonus im Rahmen eines bis zum 30. Juni 2021 befristeten Maßnahmenpakets. Dies wiederum erfordert ein Bündnis aller Akteure zur Absicherung des Ausbildungsmarktes.

Der Staat sollte die Betriebe bei den Kosten der Ausbildung und der Übernahme nach Ende der Ausbildung entlasten. Er sollte die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung übernehmen und einen monatlichen Ausbildungs- beziehungsweise Übernahmebonus – in

Quelle:

<https://www.iab-forum.de/in-der-covid-19-rezession-muss-auch-die-duale-berufsausbildung-abgesichert-werden/> | 3

Höhe von 250 Euro, um eine Größenordnung zu nennen – auszahlen. Auch sollte ein sofortiger Anspruch auf [Kurzarbeitergeld](#) für Auszubildende und übernommene Auszubildende bestehen. Betriebe sollten diesen bei Auszubildenden während der Zeit der Lohnfortzahlung auf 100 Prozent aufstocken.

Berufsschulen sowie Träger von Verbundausbildungen und überbetrieblicher Ausbildung können es den Auszubildenden mithilfe des staatlichen Ausbildungsbonus ermöglichen, ihre Ausbildung auch bei Kurzarbeit oder Verlust des Ausbildungsplatzes weiterzuführen – idealerweise in Kooperation mit anderen Betrieben. Ein Betrieb, der einen Auszubildenden zur Fortsetzung der Ausbildung einstellt, sollte für drei Monate den doppelten Ausbildungsbonus erhalten. Überbetriebliche Ausbildungen oder Maßnahmen der Ausbildungsvorbereitung können hier eine wichtige Brückenfunktion erfüllen.

Am 26. Mai dieses Jahres haben sich die Partner der Allianz für Aus- und Weiterbildung auf ein Bündel an Maßnahmen verständigt, um die duale Ausbildung zu stabilisieren. Die Maßnahmen gehen in die richtige Richtung, reichen aber nicht aus, um den drohenden Einbruch am deutschen Ausbildungsmarkt zu verhindern.

Fazit

Der Ausbildungs- und Übernahmebonus für alle Auszubildenden ist eine Investition in die Zukunft, um langfristige Nachteile für Corona-Jahrgänge zu vermeiden. Diese Investition wäre Teil eines zukunftsorientierten Konjunkturprogramms. Auch wenn Mitnahmeeffekte unausweichlich sind, sollte der Bonus nicht auf Betriebe in Not beschränkt werden. Nur wenn er jetzt flächendeckend eingesetzt wird, kann er kurzfristig hinreichend Wirkung entfalten. Gleichwohl gilt es, Mitnahmeeffekte in Zukunft zu vermeiden. Eine zeitliche Befristung ist daher zwingend geboten.